

A-05 Rechtsextremismus und Rechtspopulismus entgegentreten!

Antragsteller*in: Jakob Weissinger

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Als GRÜNE JUGEND BRANDENBURG setzen wir uns für die freundliche Aufnahme von Flüchtlingen und den toleranten und respektvollen Umgang aller Menschen miteinander ein. Wir bekennen uns zu einer weltoffenen Gesellschaft, in der Menschenfeindlichkeit keinen Platz hat. Alle Menschen sollen unabhängig von Herkunft, Glauben, sexueller Identität oder Geschlecht in Brandenburg und Deutschland ein Zuhause finden können, ohne sich vor Diskriminierung und Verfolgung fürchten zu müssen. Dies zu garantieren, ist Aufgabe unseres demokratischen Rechtsstaats.

Leider entwickeln sich immer wieder diskriminierende Denkstrukturen in unserer Gesellschaft. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und die Menschen, die diese verbreiten sind zum einen überzeugte Rassist*innen oder Verschwörungstheoretiker*innen, zum anderen aber auch Menschen, die mit ihren Ängsten in einer immer komplexer werdenden Welt empfänglich für Vorurteile und einfache Antworten sind. Gerade letztere werden gezielt von Rechtspopulist*innen angesprochen. Mit diesen Menschen müssen wir ins Gespräch kommen und mit Hilfe von Fakten und Expert*innen einen Gegenpol zu populistischen Behauptungen und Unterstellungen bilden.

Menschenfeindlichkeit darf nicht gesellschaftsfähig werden

Mit der Zunahme an rechtspopulistischen Protesten in Deutschland und Brandenburg gewinnen auch rechtspopulistische Parteien an Zulauf. Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG stellt sich allen Formen der Diskriminierung auf inhaltlicher Ebene und auf der Straße entschieden entgegen. Wir solidarisieren uns mit allen gewaltfreien Protesten gegen die politischen Botschaften von Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen. Denn auf Demonstrationen wie beispielsweise von Pegida bekommen auch mehrfach vorbestrafte Rechtsradikale eine Plattform und können mit ihrem menschenverachtenden Weltbild die Verrohung der Gesellschaft vorantreiben. Dies ist besonders gefährlich, da auch die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegenüber Mitgliedern von Minderheiten sinkt.

Rechtspopulist*innen von AfD oder Pegida spielen mittlerweile bewusst mit nationalsozialistischen Ausdrücken wie der „tausendjährigen Zukunft Deutschlands“ und befeuern die Abneigung gegen die „Lügenpresse“ oder die „etablierte Politik“. Diese Positionen sind so längst nicht mehr nur Domäne der NPD. Auch wenn nicht alle ihrer Anhänger rechtsextrem sind, so vertreten doch Pegida oder die AfD hinter bürgerlicher Fassade Positionen, die ebenso wie die Aussagen ihrer führenden Persönlichkeiten klar rechtsextrem einzuordnen sind. Deshalb muss auch die Schnittmenge von AfD, Pegida, NPD & Co. klar benannt werden und der Schleier der Bürgerlichkeit vom menschenfeindlichen Programm dieser Organisationen gezogen werden. Doch Menschen, die Pegida oder die AfD unterstützen, pauschal als rechtsextrem oder „dumm“ zu bezeichnen, ist falsch und kontraproduktiv. Denn wer sich gegen die pauschalen Beschuldigungen von rechts gegenüber Flüchtlingen, Migrant*innen oder dem Islam stellt, kann nicht anderen Menschen pauschal die Intelligenz absprechen. Viele werden durch eine solche Ausgrenzung nur noch tiefer in die Fänge rassistischer und menschenfeindlicher Argumentation gezogen.

45 Insbesondere die Parteien stehen hier in der Pflicht, nicht auf den Zug der
46 Pauschalisierungen und Vorurteile von AfD, Pegida, NPD & Co. Aufzuspringen.
47 Diesen Gruppen ist es gelungen, den gesellschaftlichen Diskurs immer weiter nach
48 rechts zu verschieben, ohne wirkliche Lösungen zu präsentieren. Dem müssen sich
49 alle demokratischen Parteien entgegen stellen, wie sie es an vielen Orten mit
50 Argumenten, Ausdauer und Geduld tun. Sich inhaltlich auf Rechtspopulist*innen
51 zuzubewegen, um deren Anhänger zu gewinnen, kann im Gegensatz dazu jedoch keine
52 Lösung sein.

53 Flüchtlingspolitik besser kommunizieren, Bürgerbeteiligung ausbauen

54 Viele flüchtlingspolitische Maßnahmen, insbesondere die Auswahl oder der Bau von
55 Flüchtlingsunterkünften, stoßen in der Bevölkerung auch deshalb auf Ablehnung,
56 weil sich die Bürgerinnen und Bürger überrumpelt fühlen. Dies liegt oft auch an
57 der mangelhaften Informationspolitik von offizieller Seite. Um Vorurteilen und
58 Diskriminierung entgegenzuwirken, fordert die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG ein
59 frühzeitiges Ankündigen und Vorbereiten der Bürger*innen in Bezug auf den Bau
60 eines Flüchtlingsheims oder des Zuzugs von Flüchtlingen. Die Bevölkerung soll
61 möglichst umfassend informiert werden, um Sorgen und Ängste schon vor Ankunft
62 der neuen Nachbarn auszuräumen.

63 Doch nicht immer können Maßnahmen langfristig angekündigt werden. Wir regen
64 daher regelmäßige Diskussionsveranstaltungen oder Bürgerforen in Kommunen,
65 beispielsweise an Gemeinderatssitzungen anschließend, an. Auf diesen kann
66 unabhängig vom konkreten Fall über Flüchtlingspolitik oder auch andere Themen
67 offen diskutiert werden. Solche Projekte können nicht nur in der aktuellen
68 Flüchtlingsthematik die Diskussion versachlichen, auch ganz grundsätzlich
69 ermöglichen sie Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligung. So können sie auch
70 dazu beitragen, die Verdrossenheit mit „der Politik“ zu mindern.
71 Vorzeigeprojekte wie der Bürgerdialog Eschborn zeigen, wie erfolgreich die
72 kontinuierliche Kommunikationsmöglichkeit abseits von Briefen und E-Mails
73 zwischen Bürger*innen und ihren Vertreter*innen sein kann. Ungeachtet dessen
74 können Bürgerforen keine Entscheidungsgremien, sondern nur Plattformen des
75 Meinungsaustausches sein – denn Entscheidungen müssen immer noch von
76 demokratisch gewählten Vertreter*innen getroffen werden.

77 Flüchtlingsinitiativen unterstützen, Bürger*innen aufklären

78 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG setzt sich dafür ein, dass auch an Schulen
79 Diskussions- und Aufklärungsveranstaltungen oder Workshops zum Thema Migration
80 und Integration durchgeführt werden. Denn junge Menschen stellen Fragen, die in
81 der Schule beantwortet werden müssen – sonst haben rechtspopulistische
82 Fliegenfänger*innen leichtes Spiel. Schüler*innen sollen in Form dieser
83 Veranstaltungen erfahren, mit welchen Beweggründen Flüchtlinge zu uns kommen und
84 welche Probleme sie hier haben. Auch die offenen Fragen der Schüler*innen sollen
85 behandelt und ihre Meinungen ernst genommen werden. Dafür sind offene Formate
86 und der Raum zur Diskussion vonnöten. Um dies zu ermöglichen, fordern wir die
87 bessere organisatorische und finanzielle Unterstützung von
88 Flüchtlingsinitiativen. Diese Initiativen leisten nicht nur vor Ort wertvolle
89 Integrations- und Kommunikationsarbeit, sondern können auch Schulen ein
90 wertvoller Partner bei Fragen sein, auf die es meist keine einfache Antwort
91 gibt.

92 Insbesondere den Landeszentralen für politische Bildung kommt zudem die Rolle
93 zu, pädagogische Angebote zu schaffen, die auch im Netz und in den
94 Kommentarspalten wirken. Denn rassistische Kommentare im Netz sind ein Phänomen,
95 welchem die Politik noch weitgehend hilflos gegenübersteht. Soziale Netzwerke
96 dienen zur Verbreitung menschenverachtende Propaganda - umso wichtiger ist es,
97 junge Menschen für das Thema zu sensibilisieren, sie aufzuklären und ihnen
98 Argumente an die Hand zu geben, um sie für die Auseinandersetzung mit der
99 rechtsextremen Hetze zu wappnen.

100 Rechte Straftaten konsequent verfolgen

101 Sowohl online als auch auf der Straße sind rechtsextreme Äußerungen und
102 Straftaten enorm angestiegen. Das Bundesinnenministerium listet für das Jahr
103 2015 nach vorläufigen Zahlen knapp 14.000 rechtsextrem motivierte Straftaten
104 auf, über 900 davon Gewalttaten. In Brandenburg hat sich die Zahl der Angriffe
105 auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte im Vergleich zu 2014 vervierfacht.
106 Doch diese Zahlen dürften in Wahrheit noch höher liegen: So ist selbst bei
107 Anschlägen auf Flüchtlingswohnungen oder Initiativen sowie Angriffen auf fremd
108 aussehende Menschen auf offener Straße für die Polizei oft „kein
109 fremdenfeindlicher Hintergrund erkennbar“. In den meisten Fällen werden zudem
110 nicht einmal Verdächtige identifiziert, die Aufklärungsquote insbesondere bei
111 Anschlägen auf Flüchtlingsheime liegt im niedrigen einstelligen Bereich. Während
112 die Politik über verschärfte Maßnahmen gegen straffällige Asylbewerber*innen
113 diskutiert, wird über das eigentliche Problem, nämlich straffällige
114 Rechtsextreme, geschwiegen. Daran muss sich dringend etwas ändern!

115 Die GRÜNE JUGEND BRANDENBURG fordert daher den Schutz von
116 Flüchtlingsunterkünften nicht erst ab Bezug derselben, sondern ab dem Zeitpunkt,
117 an welchem eine Einrichtung als zukünftige Unterkunft identifiziert worden ist.
118 Nur so können Brandstiftungen im Vorfeld verhindert werden. Zudem fordern wir
119 von der Polizei Brandenburg, eine eigene Sonderkommission für rechtsextreme
120 Straftaten einzurichten und rechte Straftäter konsequent zu verfolgen, anstatt
121 rechtsextreme Polizisten in den eigenen Reihen zu dulden.

122 Gegen Rechts jetzt und hier, immer und überall!

123 Vor dem Hintergrund zunehmender rechter Straftaten sowie eines verstärkten
124 öffentlichen Auftretens rechtspopulistischer Gruppierungen, parteipolitisch
125 organisiert oder nicht, beziehen wir als GRÜNE JUGEND BRANDENBURG klar Stellung
126 gegen fremdenfeindliche Gewalt und diskriminierende Forderungen, die sich gegen
127 unsere demokratische Grundordnung, gegen Menschen mit Migrationshintergrund und
128 Asylsuchende sowie gegen Grundrechte, unter anderem das in Artikel 16a des
129 deutschen Grundgesetzes sowie der Genfer Flüchtlingskonvention garantierte Recht
130 auf Asyl, richten. Wir werden uns weiterhin in Diskussionen und auf der Straße
131 Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen entgegenstellen und
132 solidarisieren uns mit allen Gruppierungen, die dies ebenso tun.

133 Refugees Welcome!